SPATZ: Europäisches Parlament soll EU-Haushaltskompromiss zustimmen

SPATZ: Europäisches Parlament soll EU-Haushaltskompromiss zustimmen

Zu der Einigung der EU-Ratspräsidentschaft mit Vertretern des Europäischen Parlamentes über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union bis 2020 erklärt der europapolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Joachim SPATZ:
Als FDP-Bundestagsfraktion fordern wir die Mitglieder des Europäischen Parlaments auf, dem in zähen und harten Verhandlungen gefundenen Kompromiss zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union zuzustimmen. Eine zügige Einigung zwischen den beteiligten Institutionen ist angesichts der wirtschaftlich schwierigen Lage in weiten Teilen der Europäischen Union das Gebot der Stunde.
Die Staats- und Regierungschefs haben sich Anfang des Jahres in mühsamen und zeitintensiven Beratungen auf einen tragfähigen Kompromiss verständigt. Vor allem der Bundesregierung ist es dabei zu verdanken, dass trotz mannigfacher Einzelinteressen ein moderner und auf die Zukunft ausgerichteter Finanzrahmen zu Stande kam, der auch die Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung im Blick behält.
Der nun zwischen den Verhandlungsführern gefundene Kompromiss beinhaltet unter anderem die vom Europäischen Parlament geforderte und von uns unterstützte Flexibilität. Zukünftig sollen Mittel, die in einem Jahr nicht verbraucht werden, prinzipiell in das nächste verschoben werden. Wir haben immer gesagt, dass unter Beibehaltung der Obergrenzen der einzelnen Rubriken, ein gewisses Maß an Flexibilisierung des Haushaltes im Zuge eines Gesamtkompromisses ein sinnvoller Weg ist.
Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist die durch die Einigung demonstrierte Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nach innen und außen oberstes Gebot. Dadurch haben alle Beteiligten Planungssicherheit für die kommenden Jahre und der Weg wäre frei zum Beispiel auch für die Mittel im Kampf gegen die in vielen Teilen Europas grassierende Jugendarbeitslosigkeit.
Ein Scheitern der Verhandlungen käme einem Stopp sämtlicher europäischer Programme gleich, da die entsprechenden Verwaltungsvorschriften in den Mitgliedstaaten nicht erlassen werden könnten. Diesem sehr hohen Risiko muss sich das Europäische Parlament bei der Abstimmung bewusst sein.

FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: http://www.fdp.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=536525" width="1" height="1">

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung.Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt.Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet.Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeits- staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger.Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.